
Inhalt

Vorwort zur 2. Auflage.....	7
Inhalt und Systematik des Handbuches	9
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	13
Kurzbezeichnungen der Parteien	15

ALLGEMEINER TEIL

<i>Frank Decker</i> Parteiendemokratie im Wandel.....	21
<i>Paul Lucardie</i> Zur Typologie der politischen Parteien.....	61
<i>Heike Merten</i> Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie	77
<i>Oskar Niedermayer</i> Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems.....	111

LEXIKALISCHER TEIL

Die Parteien von A–Z	135
Autoren	435
Personenregister	437

Vorwort zur 2. Auflage

Die erfreuliche Aufnahme der ersten Auflage hat Herausgeber und Verlag veranlasst, eine Neuauflage des „Handbuchs der deutschen Parteien“ vorzulegen. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig gewählt. In den fünf Jahren, die seit der Erstauflage verstrichen sind, hat die Bundesrepublik einen kompletten Wahlzyklus durchlaufen. Neben den beiden nationalen Wahlen (zum Bundestag und zum Europäischen Parlament) und den 16 regulären Landtagswahlen fanden zudem fünf weitere vorgezogene Urnengänge statt (in Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Saarland) – diese stehen symbolhaft für die infolge der Pluralisierung des Parteiensystems fragiler werdenden Regierungsverhältnisse. Gegenüber der Erstauflage waren 14 Parteien zusätzlich zu berücksichtigen. Als spektakulärster Neuankömmling sticht die Piratenpartei hervor, der es beginnend mit der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2011 viermal hintereinander gelungen ist, in ein Landesparlament einzuziehen. Das beste Ergebnis einer nicht-etablierten Kleinpartei im Berichtszeitraum verzeichneten die Freien Wähler bei der Landtagswahl 2008 in Bayern mit 10,2 Prozent, an die sie jedoch in anderen Bundesländern nicht mehr anknüpfen konnten. Auch rechtspopulistischen Neugründungen wie dem Berliner Geert Wilders-Ableger Die Freiheit oder der Bürgerbewegung pro NRW blieb der Durchbruch versagt.

Die Konzeption des Handbuches wurde unverändert beibehalten. Mit einer Ausnahme sind auch alle 27 Autoren der Erstauflage mit an Bord geblieben, zu denen sich – für die neu aufzunehmenden Parteien – weitere sieben Autoren hinzugesellen. Die meisten davon haben dankenswerterweise gleich mehrere Beiträge übernommen. Frank Schindler hat als Lektor die Neuauflage frühzeitig angeregt, ihre Entstehung begleitet und die Stafette dann zur Fertigstellung des Buches an Verena Metzger übergeben. Die Anfertigung des Personenregisters, die Zusammenstellung des Zahlenmaterials und die anfallenden Recherche- und Korrekturarbeiten wurden von unseren Mitarbeitern Henning Birke, Rosa Burç, Matthias Dilling, Gabriele von Hagen, Christoph Kotowski und Madalena Ramos Görne zuverlässig erledigt. Ihnen allen möchten wir ebenso für ihre Unterstützung und Hilfsbereitschaft danken wie Prof. Dr. Werner Müller, der sich auch diesmal nicht davon hat abhalten lassen, das vollständige Manuskript einer abschließenden gründlichen Durchsicht zu unterziehen.

Bonn und Berlin im Oktober 2012
Frank Decker & Viola Neu

Inhalt und Systematik des Handbuches

Die bundesdeutsche Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten. Spätestens mit der Bundestagswahl 2005 wurde zur Gewissheit, was sich schon seit längerem angebahnt hatte, in seinen vollen Konsequenzen aber noch nicht sichtbar geworden war: dass die Ära des stabilen Parteiensystems, das bisher noch stets die Bildung einer Regierung nach dem vertrauten Muster (kleiner) Zweierkoalitionen ermöglichte, fürs Erste vorüber ist. Obwohl man diese Entwicklung hätte vorausahnen können, hinterließ sie die parteipolitische Klasse am Wahlabend ratlos. Plötzlich erschien alles machbar und kein Tabu mehr heilig – von der schwarz-gelb-grünen „Jamaika“-Koalition bis hin zum israelischen Modell einer rotierenden Kanzlerschaft. Selbst über die Möglichkeit einer lediglich geduldeten Minderheitsregierung wurde munter schwadroniert – so als ob es das „Magdeburger Modell“ oder die heftige Debatte um die Rolle des SSW nach der Landtagswahl 2005 in Schleswig-Holstein nicht gegeben hätte. Union und SPD trösteten sich in der Folge mit der vermeintlichen Gewissheit, dass die von ihnen widerwillig gebildete Große Koalition nur eine Übergangslösung sein werde. Diese Erwartung sollte sich mit dem klaren Wahlsieg von Union und FDP 2009 tatsächlich bewahrheiten. Aus heutiger Sicht wirkt die Rückkehr zu scheinbar klaren Verhältnissen freilich eher wie ein Intermezzo. Ein Jahr vor der Bundestagswahl deutet vieles darauf hin, dass die Regierungsbildung 2013 genauso schwierig (oder noch schwieriger) werden könnte wie 2005. Nachdem mit der Piratenpartei eine weitere Kraft auf den Plan getreten ist, der der Sprung in den Bundestag zuzutragen wäre, sind die Dinge sogar noch unübersichtlicher geworden.

Die neuen Herausforderungen für die Regierungsbildung stehen in engem Zusammenhang mit der Wechselmobilität der Wähler, die seit den achtziger Jahren deutlich zugenommen hat. Wie der Absturz der SPD bei der Bundestagswahl 2009 belegt (minus 11,2 Prozentpunkte), sind zweistellige Veränderungen von Wahl zu Wahl dabei längst keine Ausnahme mehr. Dieser Trend geht nicht nur auf die neuen Länder zurück, wo die Bindungen der Wähler an die Parteien und deren Vorfeldstrukturen traditionell schwach ausgeprägt sind. Das Abscheiden der Piratenpartei bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2011, als der Neuankömmling aus dem Stand 8,9 Prozent der Stimmen erreichte, oder der Stimmenverlust der CDU bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im selben Jahr (minus 20,7 Prozentpunkte), dokumentieren eine ähnlich hohe Wechselbereitschaft in der Altbundesrepublik. Auch die Beteiligungsraten schwanken von Wahl zu Wahl und zwischen den verschiedenen Wahlebenen erheblich. Warum die Wähler sich so verhalten, von welchen Motiven sie sich bei ihrer Stimmabgabe leiten lassen, bleibt zunehmend im Nebel. Protest, Unzufriedenheit, Unsicherheit, Desinteresse, Verlust sozialer Einbindung oder Atomisierung machen die Wahlentscheidung gleichermaßen emotional, unmittelbar und somit unberechenbar. Dies hat zu einer neuen Dynamisierung des Parteiensystems geführt, die mehr Fragen aufwirft, als mit der traditionellen Wahlforschung bislang beantwortet werden können.

Symptomatisch für die Fragmentierung der Parteienlandschaft sind die wachsenden Stimmenanteile für die kleinen Parteien. Hierzu gehören zum einen – als etablierte Vertreter – die FDP und die Grünen, zum zweiten die systemoppositionellen bzw. -kritischen Parteien am rechten und linken Rand und zum dritten die übrigen nicht-etablierten Kleinparteien, die in der Wahlberichterstattung gerne unter den „Sonstigen“ abgelegt werden. Letztere kamen in der Ära des stabilen Parteiensystems in den sechziger und siebziger Jahren zusammengekommen nur selten über zwei Prozent der Stimmen hinaus. Heute erreichen sie mitunter zehn Prozent oder mehr wie etwa bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin im September 2006 (13,7 Prozent) oder bei der Europawahl 2009 (10,8 Prozent). Dennoch wurde ihnen in der Parteienforschung bislang wenig Beachtung geschenkt.

Diese unbefriedigende Situation hat die Herausgeber bewogen, sich an einer lexikalischen Bestandsaufnahme des bundesdeutschen Parteiensystems zu versuchen. Wir knüpfen dabei bewusst an die Konzeption des 1983 erschienen, mehrbändigen „Parteienhandbuches“ von Richard Stöss an, das 1986 in einer textidentischen Taschenbuchausgabe wieder aufgelegt, anschließend aber nicht mehr fortgeschrieben wurde. Das Handbuch strebt eine Bestandsaufnahme des aktuellen Parteiensystems in der Bundesrepublik an, dessen Entwicklung insbesondere seit den achtziger Jahren im Detail beleuchtet werden soll. Es gliedert sich in einen allgemeinen und einen lexikalischen Teil. Im allgemeinen Teil, der vier Beiträge umfasst, werden grundlegende Fragestellungen erörtert. Der Einleitungsbeitrag von Frank Decker lenkt den Blick zunächst auf die zunehmenden Legitimationsprobleme des parteiendemokratischen Systems, deren Ursachen, Erscheinungsformen und Konsequenzen am Beispiel der Bundesrepublik dargestellt werden. Der niederländische Politikwissenschaftler Paul Lucardie unternimmt es anschließend, die verschiedenen Begriffsmerkmale und Typologisierungsversuche politischer Parteien systematisch zu ordnen. Unterschieden wird dabei nach der Programmatik oder Ideologie der Parteien, ihren Zielen und Funktionen im politischen System, dem Ursprung der Parteien, der Parteiorganisation sowie der soziologischen Basis und Wählerstruktur. Der dritte Beitrag wendet sich schließlich den rechtlichen Grundlagen der Parteiendemokratie in Deutschland zu. Die Düsseldorfer Rechtswissenschaftlerin Heike Merten behandelt hier zum einen die im Parteiengesetz geregelten Modalitäten des Parteiwesens und des Parteienwettbewerbs (Chancengleichheit, innerparteiliche Demokratie, Parteienfinanzierung, Parteienverbot usw.), zum anderen die für die Strukturen des Parteiensystems nicht minder bedeutsamen Wahlrechtsregelungen. Den Abschluss des allgemeinen Teils bildet Oskar Niedermayers Analyse der Entwicklungslinien des bundesdeutschen Parteiensystems von 1949 bis heute. Die gängigen Kriterien der deskriptiven Parteiensystemanalyse verwendend (Fragmentierung, Symmetrie / Asymmetrie, Polarisierung), vertritt der Berliner Politikwissenschaftler die These, dass mit der Bundestagswahl 2009 ein „Typwechsel“ des Parteiensystems von der Zweiparteiendominanz zum Pluralismus eingetreten sei.

Im lexikalischen Teil werden – von 31 Autoren bearbeitet – insgesamt 95 Parteien abgehandelt. Berücksichtigung finden nur diejenigen Parteien, die ab 1982 an Bundes-

tags-, Europa- und / oder Landtagswahlen teilgenommen haben. Vollständigkeit sollte und konnte dabei nicht angestrebt werden¹; deshalb wurde eine Mindesterfolgs- bzw. Teilnahmeschwelle festgelegt: Aufgenommen sind die Parteien, die auf allen drei Ebenen (Land, Bund, Europa) bei Wahlen angetreten sind, sowie jene Parteien, die bei mindestens einer Wahl (auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene) mehr als 0,5 Prozent der Stimmen erzielt haben. Diese Marke ist gleichbedeutend mit dem Schwellenwert für die Inanspruchnahme der staatlichen Wahlkampffinanzierung bei Bundestags- oder Europawahlen. Sie liegt unterhalb der Zwei-Prozent-Schwelle, die laut Sartori überschritten sein muss, um von einer relevanten Partei zu sprechen, doch geschieht das hier mit voller Absicht: Das Handbuch soll gerade den Klein- und Kleinstparteien gebührenden Platz einräumen, die nicht nur in der öffentlichen Aufmerksamkeit, sondern auch von der Forschung regelmäßig vernachlässigt werden. Rechnung getragen wird dem zugleich durch eine Abstufung des Umfangs der Artikel, der zwischen 12 bis 16 Seiten für die Bundestagsparteien und 1 bis 3 Seiten für die marginalisierten (nicht-relevanten) Splitterparteien schwankt; die letztgenannten werden insofern überproportional berücksichtigt.

Die Artikel folgen einem identischen Muster. Nach einem einleitenden Überblick über die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Partei werden zuerst die Wahlergebnisse und Wählerstruktur, sodann die Programmatik und schließlich die Organisation der Partei behandelt, bevor ein kurzes Fazit die Darstellung abrundet; einzig der Beitrag über die →Freien Wähler, die als Dachorganisation kommunaler Wählergemeinschaften keine Partei im üblichen Sinne sind, weicht von diesem Schema geringfügig ab. Am Ende der Artikel wird – falls verfügbar – auf wissenschaftliche Literatur hingewiesen und die Internetadresse der Partei angegeben.

Die Bearbeitung gestaltete sich insbesondere bei denjenigen Kleinstparteien schwierig, zu denen es keine wissenschaftliche Literatur und auch ansonsten kaum Material gibt. Die Autoren mussten sich hier häufig mit nur wenigen Zeitungsartikeln sowie eigenen Angaben der Parteien behelfen, die natürlich immer mit Vorsicht zu genießen sind. Diese Quellen werden unter den Literaturangaben in der Regel nicht eigens aufgeführt; dasselbe gilt für die Unterlagen der Wahlleiter sowie – im Falle extremistischer Parteien – die Verfassungsschutzberichte, soweit sie Informationen zu den betreffenden Parteien enthalten.

Wer den lexikalischen Teil etwas genauer durchmustert, wird eine Unzahl von Querverbindungen zwischen den meisten der behandelten Parteien feststellen. Auch die Herausgeber waren überrascht, wie viele Abspaltungen, Neugründungen, Fusionen und Kooperationen es in der bundesdeutschen Parteienlandschaft im fraglichen Zeitraum

1 Mitte 2012 hatten 111 politische Vereinigungen ihre Unterlagen beim Bundeswahlleiter hinterlegt. Seit Beginn der Sammlung im Jahre 1969 waren es insgesamt 442 (Stand: 31. Dezember 2011). Eine vollständige Liste aller Parteien und Vereinigungen, die seit 1946 bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen angetreten sind, findet sich in: Der Bundeswahlleiter, Hg. (2009), Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise, Wiesbaden, S. 213 ff. Alle Daten sind im Internet abrufbar.

gegeben hat, als sie die Summe der Einzelartikel in Augenschein nahmen. Um dem Benutzer die Orientierung zu erleichtern, sind in die Beiträge bei Bedarf Verweisungspfeile auf andere Parteien eingefügt worden; darüber hinaus findet sich am Ende des Bandes ein umfangreiches Personenregister.

Im lexikalischen Teil werden die Parteien alphabetisch nach ihrem vollen Namen aufgelistet – für alternative (frühere oder spätere) Namensgebungen oder Zusatzbezeichnungen, wie sie gerade von den Kleinstparteien gerne verwendet werden, finden sich entsprechende Verweise. Die Schreibweise folgt der offiziellen Benennung im Verzeichnis des Bundeswahlleiters. Bestimmte Artikel bleiben als Namensbestandteil bei der Alphabetisierung unberücksichtigt. In den Artikeln selbst werden die Parteien in der Regel bei ihrem offiziellen Kürzel genannt; dasselbe gilt für die anderen dort erwähnten (und im Handbuch berücksichtigten) Parteien. Eine alphabetische Auflistung der Parteien nach ihren Abkürzungen bzw. Kurzbezeichnungen ist dem allgemeinen Teil vorangestellt. Parteien oder Vereinigungen, die im Handbuch nicht eigens behandelt werden, sind in den Artikeln stets mit vollem Namen genannt.

Parteiendemokratie im Wandel

Frank Decker

1 Krise oder Wandel?

Wenn man mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Dahl (1971) davon ausgeht, dass die Demokratie wesentlich durch zwei Elemente bestimmt wird – politische Partizipation und politischen Wettbewerb – dann sind alle Demokratien notwendig Parteiendemokratien. Als Akteure im Prozess der politischen Willensbildung sind die Parteien die eigentlichen Träger des Wettbewerbs und der auf Wahlen bezogenen politischen Beteiligung. Der Zustand der Demokratie in einem Land hängt daher, wie es der deutsche Politologe Ernst Fraenkel (1974: 151) einmal ausgedrückt hat, maßgeblich von der „Pflege der Demokratie in den Parteien“ ab.

Von der Politikwissenschaft werden den Parteien üblicherweise vier Funktionen zugeschrieben:

- *die Repräsentationsfunktion*: Parteien bilden die Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft ab, sind also ein Ausdruck sozialer Kräfte. Durch die Formulierung politischer Programme versuchen sie, die Interessen der von ihnen vertretenen Wählergruppen zu artikulieren und zu bündeln.
- *die Legitimationsfunktion*: Als Institutionen der Willensbildung verkörpern die Parteien das demokratische Prinzip im Allgemeinen und dessen plebiszitäre Komponente im Besonderen. Indem sie die Bürger mobilisieren und zur Partizipation anhalten, tragen sie zur politischen Integration des Gemeinwesens bei.
- *die Sozialisations- und Elitenrekrutierungsfunktion*: Parteien wählen das politische Führungspersonal aus und trainieren es für die Übernahme von staatlichen (bzw. kommunalen) und Regierungsämtern. Als Karrierevehikel sind sie dabei zugleich Interessengruppen in eigener Sache.
- *die Steuerungsfunktion*: Parteien streben nach Regierungsmacht und üben unmittelbaren Einfluss auf die staatliche Willensbildung und Entscheidungsfindung aus. Im Wettbewerb mit ihren Mitstreitern sorgen sie für politische Innovationen.

Wie ist es um die Erfüllung der Funktionen in den etablierten Demokratien bestellt? Am ehesten erfolgreich bleiben die Parteien in der Sozialisations- und Rekrutierungs- sowie der politischen Steuerungsfunktion. Bei der erstgenannten können sie in den meisten Demokratien sogar ein Monopol für sich reklamieren, während die Wahrnehmung der Steuerungsfunktion starke systemspezifische Unterschiede aufweist: In föderal verfassten Staaten mit einer ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit wie der Bundesrepublik ist sie schwächer ausgeprägt als in klassischen Mehrheitsdemokratien wie z.B. Großbritannien. Auch dort nutzt das den Parteien aber heute

nicht mehr viel, wenn man berücksichtigt, dass die Fähigkeit der nationalstaatlich verfassten Politik, die politische Entwicklung zu gestalten, im Zeitalter der Globalisierung insgesamt schrumpft.¹

Ein noch weniger positives Bild ergibt sich, wenn man die Repräsentationsfunktion betrachtet. Mit Blick auf das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Parteien, das sich in nachlassender Organisationskraft, Nichtbeteiligung an Wahlen, „abweichendem“ Stimmverhalten sowie anderweitigen Protestformen mitteilt, könnte man sogar von einer anhaltenden Krise sprechen. Einige Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland mögen dies veranschaulichen. So ist die Gesamtmitgliederzahl der politischen Parteien, die auf ihrem Höhepunkt nach der deutschen Einheit 1990 bei 2,4 Millionen lag, 2012 auf ca. 1,4 Millionen zurückgegangen (s.u.). Allein die Mitgliedschaft in der →SPD hat sich gegenüber dem Rekordjahr 1976 mehr als halbiert. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, die zu den Spitzenzeiten in den siebziger Jahren regelmäßig um die 90 Prozent betrug, liegt mit knapp über 70 Prozent zwar immer noch recht hoch. Bei den Landtagswahlen beträgt sie aber heute kaum mehr als 60 Prozent, und bei Kommunal- und Europawahlen fällt sie sogar mitunter deutlich unter die 50-Prozentmarke. Mit der rückläufigen Wahlbeteiligung korrespondiert eine Veränderung im Wählerverhalten selbst, das situativer und unberechenbarer wird. Die Folge ist eine wachsende Fragmentierung der Parteienlandschaft: Die Bindungskraft der beiden Volksparteien lässt nach, während der Stimmenanteil der kleineren Parteien wächst. Unter die letzteren fallen dabei in zunehmendem Maße auch nicht etablierte Parteien sowie extremistische oder populistische Vertreter. Betrug der zusammengekommenen Stimmenanteil der sogenannten „Sonstigen“ in der Hochzeit der Stabilität des Parteiensystems in den siebziger Jahren selten mehr als ein Prozent, so erreicht er heute bei Landtags- und Europawahlen regelmäßig zweistellige Werte. Hauptprofiteure dieser Entwicklung waren und sind (neben der populistischen Linken) die neu entstandenen oder wieder erstarkten Rechtsaußenparteien, von denen sich im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern hierzulande aber keine dauerhaft im Parteiensystem festsetzen konnte.

Uneinigkeit herrscht unter den wissenschaftlichen und publizistischen Beobachtern, wie diese Tendenzen zu bewerten sind. Haben wir es tatsächlich mit Krisenzeichen zu tun, die für die Stabilität des demokratischen Systems bedrohlich werden können? Oder handelt es sich um Aspekte eines ganz normalen Wandlungsprozesses, der zu einer Transformation der Parteien und des Parteiensystems führt, aber nicht notwendigerweise zu ihrem Niedergang?

Für die erste Interpretation sprechen Befunde einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Demokratie, die in Deutschland unter dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ firmiert. Damit wird freilich mehr verdeckt als erklärt. Erstens ist die Rede von einer Krise

1 Am weitesten gediehen ist dieser Prozess in der Europäischen Union. Hier unterliegen selbst Politikbereiche wie die Sozial- oder Steuergesetzgebung, die vorderhand in der Zuständigkeit der Mitgliedsländer verbleiben, einem schleichenden Souveränitätsverfall, der die Legitimationsfunktion der in der nationalen Sphäre verhafteten Parteien untergräbt.

der Parteiendemokratie nicht neu. Sie kann an den immer gleichen Buch- und Aufsatzteilen abgelesen werden, die das Thema in regelmäßigen Abständen aufbereiten. Zweitens ist Politikverdrossenheit nicht gleichbedeutend mit Politiker-, Parteien- oder Systemverdrossenheit. Keinesfalls darf sie mit Apathie oder politischem Desinteresse verwechselt werden. Schenkt man den Befragungen Glauben, wird das System insgesamt von den Bürgern immer noch deutlich besser bewertet als dessen einzelne Institutionen² oder Akteure und die von ihnen betriebene Politik. Dies gilt erst recht im europaweiten Vergleich, wo sich die deutsche Demokratie nach wie vor als eine der stabilsten behauptet. Und drittens muss berücksichtigt werden, dass die Unzufriedenheit auch Ausweis einer kritischeren Grundeinstellung der Bürger gegenüber der Politik sein kann, die unter Demokratiegesichtspunkten durchaus positiv zu betrachten ist. Dasselbe gilt mit Blick auf die abnehmende „natürliche“ Bindung der Wähler, die dazu führt, dass das personelle und inhaltliche Angebot der Parteien bei der individuellen Wahlentscheidung eine größere Rolle spielt.

Unterstützung findet die Krisenthese, wenn man die Struktur der Wähler betrachtet, die von den etablierten (systemtragenden) Parteien nicht mehr erreicht werden; unter diesen sind die sozialökonomisch und -kulturell marginalisierten Bevölkerungsteile weit überproportional vertreten. Das Gleichheitsversprechen, auf dem die Demokratie beruht, auch in materieller Hinsicht abzusichern, fällt in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft offenbar zunehmend schwer. Wie die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in vielen europäischen Ländern zeigen, leiden unter diesem Problem gerade die sozialdemokratischen Parteien, obwohl diese aufgrund ihrer traditionellen Werte- und Interessenbasis am ehesten in der Lage sein müssten, die unteren Schichten der „Modernisierungsverlierer“ anzusprechen. In der Repräsentationslücke spiegeln sich die zentrifugalen Tendenzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich auch politisch zu einer Entsolidarisierung geführt haben. Der Drang der Volksparteien zur Mitte hat diese Tendenz befördert. Er ließ ein Vakuum an den rechten und linken Rändern des Parteienspektrums entstehen, in das kleinere Parteien erfolgreich hineinstoßen konnten. Die Volksparteien mussten sich insofern fragen, ob sie ihre Fangnetze nicht an den falschen Stellen ausgeworfen hatten.³

2 Dies gilt freilich nicht für alle Institutionen gleichermaßen. Während Parlament, Regierung und vor allem die Parteien im Ansehen der Bundesbürger weit unten rangieren, erhalten nicht- oder überparteiliche Einrichtungen wie der Bundespräsident, das Verfassungsgericht oder die Polizei in der Regel gute Noten (Patzelt 2012).

3 Ob sich eine Abkehr von der zentristischen Strategie für sie elektoral ausgezahlt hätte (oder auszahlen würde), bleibt allerdings offen und kann nur von Fall zu Fall beantwortet werden. Dies gilt zumal, wenn man die koalitionspolitischen Folgen der Strategiewahl mitberücksichtigt, die es womöglich geboten machen, gerade nicht an denselben Stellen zu fischen wie die potenzielle Konkurrenz. Am Beispiel der deutschen SPD und ihres Verhältnisses zur Partei →Die Linke lässt sich dieses Dilemma veranschaulichen.

2 Parteienbildende Konfliktlinien

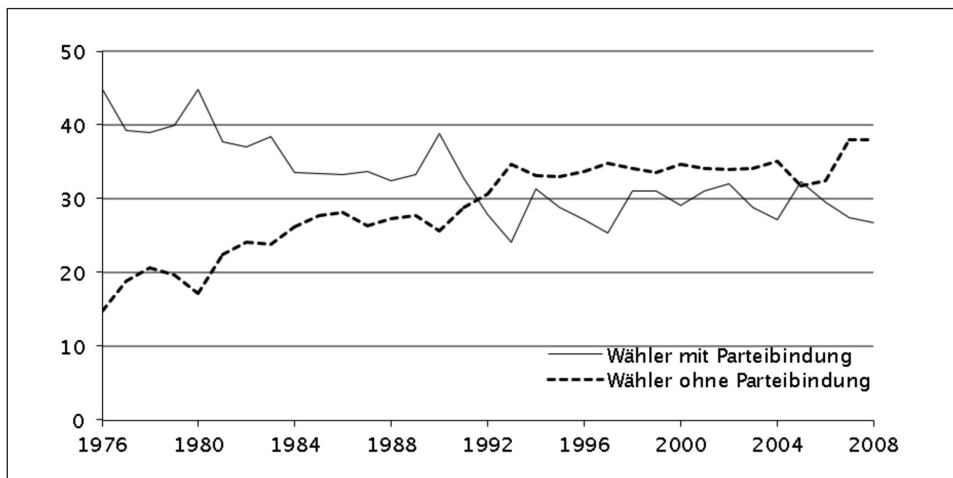
Um die sozialstrukturellen Ursachen des Wandels zu verstehen, ist ein Rückblick auf die Hauptspaltungslinien erforderlich, entlang derer sich die großen, identitätsstiftenden Milieus in der Vergangenheit formiert haben. Für die Herausbildung der Parteiensysteme waren im 20. Jahrhundert insbesondere zwei Konflikte prägend: der religiös-konfessionelle und der Klassenkonflikt (Rokkan 1980). Die Wurzeln des Klassenkonflikts reichen zurück bis in die Frühzeit der Industrialisierung. In seinem Rahmen positionierten sich die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien als Interessenvertreterinnen der Arbeiterschaft, während die konservativen Parteien als Gegenpol für das Unternehmerlager eintraten. Die Bedeutung der religiös-konfessionellen Konfliktlinie lässt sich den Parteiensystemen zumeist nicht direkt ansehen. Am greifbarsten ist sie in den katholischen oder gemischt-konfessionellen Ländern, wo das bürgerliche Lager von christdemokratischen Parteien beherrscht wurde oder wird (so z.B. in Italien, Deutschland, Österreich und Belgien). Aus den katholischen Konfessionsparteien der Zwischenkriegszeit hervorgegangen, bilden diese einerseits das Gegenstück zu jenen liberalen und laizistischen Kräften, die seit dem 19. Jahrhundert wachsenden Einfluss auf die Staatsmacht erlangt hatten. Zum anderen stellen sie eine Reaktion auf den sich abschwächenden konfessionellen Gegensatz dar, der in der Nachkriegszeit von der allgemein-religiösen Konfliktlinie – die Spaltung in einen kirchennahen und kirchenfernen Bevölkerungsteil – mehr und mehr überlagert worden ist (von Beyme 1982: 116 ff.).⁴

Der Bedeutungsverlust der einstmals parteienbildenden Konfliktlinien und Milieus spiegelt sich vor allem in der nachlassenden Bindungskraft der beiden großen – christdemokratisch-konservativen und sozialdemokratischen – Parteienfamilien (Gabriel 2010). Die Lockerung der Parteibindung, die in der Politikwissenschaft als *dealignment* bezeichnet wird, hat einen quantitativen und einen qualitativen Aspekt. Einerseits nimmt das zahlenmäßige Gewicht der Wählergruppen ab, die zur natürlichen Klientel der Parteien gehören. Andererseits werden die Bindungen auch auf der individuellen Ebene schwächer, indem die Parteien auf die Loyalität „ihrer“ Wähler nicht mehr sicher vertrauen können. Wahlanalysen zeigen, dass die quantitativen Effekte bei beiden Konfliktlinien mehr zu Buche schlagen als die qualitativen. So ist z.B. die Quote der regelmäßigen Kirchgänger unter den Katholiken, die sich durch große Treue zur →CDU und →CSU auszeichnen, in der Bundesrepublik in den letzten fünfzig Jahren

4 Dass die jeweiligen Pole der Konflikte in Deutschland nicht nur von einer, sondern von zwei, mitunter sogar drei Parteien besetzt wurden, verweist auf die politischen Gegensätze, die diese Parteien jenseits der ökonomischen und kulturellen Sphäre trennten. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die Haltung zum demokratischen System. So setzte sich z.B. die linksliberale Fortschrittspartei im Kaiserreich für eine Parlamentarisierung der Verfassung ein, während die Nationalliberalen an den monarchischen Prärogativen festhielten. Die Sozialdemokraten standen wiederum nach 1918 fest auf dem Boden der eben erst etablierten parlamentarischen Demokratie und mussten diese in der Folge auch gegen Angriffe von links verteidigen.

von 50 auf 13 Prozent zurückgegangen. Nachdem die Katholiken heute insgesamt nur noch ein Drittel der Bevölkerung stellen, gehören damit weniger als fünf Prozent der Wähler dieser Gruppe an. Ebenfalls, wenn auch nicht ganz so stark, ist der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten geschrumpft, die die traditionelle Kernklientel der Sozialdemokratie ausmachen. Die Bereitschaft der Industriearbeiter, SPD zu wählen, war nur in den sechziger und siebziger Jahren besonders hoch. Vorher hatte das religiöse Cleavage den Klassenkonflikt noch zum Teil überlagert (indem Arbeiter mit starker Kirchenbindung den Christdemokraten zuneigten). Nachher führten der Wandel der Arbeitswelt und der damit einhergehende Rückgang des subjektiven Klassenbewusstseins dazu, dass die Bindung dieser Wähler an die Sozialdemokratie abnahm.

Abbildung 1 Langfristige Parteibindung in der Bundesrepublik 1976 bis 2008



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Über die Ursachen des Dealignments existiert eine umfangreiche Literatur. Drei Entwicklungen werden in der Regel angeführt, die eng miteinander zusammenhängen und sich zum Teil überschneiden:

Tertiarisierung und Ausbau des Wohlfahrtsstaates

Während mit dem Übergang zur nachindustriellen Dienstleistungsökonomie die Grundlagen der alten Klassengesellschaft erodieren, sorgt der moderne Wohlfahrtsstaat gleichzeitig dafür, dass gesellschaftliche Aufgaben wie Erziehung und Bildung und die Bewältigung individueller Lebensrisiken (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) von gemeinschaftlichen Institutionen in die staatlichen Hände verlagert werden. Die Schutzfunktion der einstigen Milieus wird dadurch entbehrlich.